



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Senatorin für Finanzen
Frau Bürgermeisterin
Karoline Linnert
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Auskunft erteilt
Doris Hülsmeier
Zimmer
Tel. (0421) 361 6332
Fax (0421) 496 2215
E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de
Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
9-05 Hr/Schn
Bremen, 12. Dezember 2016

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zur Ausbildungsplanung 2017

Sehr geehrte Frau Linnert,

vielen Dank für die Übersendung des Entwurfs der Senatsvorlage zur Ausbildungsplanung 2017.

Der Gesamtpersonalrat teilt die Auffassung, dass die öffentlichen Dienstleistungen auch zukünftig in hoher Qualität bereitgestellt werden müssen. Die z. T. erfolgten Anpassungen der Zielzahlen sowie die absehbaren zahlreichen altersbedingten Abgänge aus dem bremischen öffentlichen Dienst erfordern die Gewinnung und Ausbildung geeigneter Nachwuchskräfte.

Es ist längst nicht mehr selbstverständlich, dass der bremische öffentliche Dienst als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen wahrgenommen wird. Daher sind besondere Anstrengungen erforderlich, um auf dem Ausbildungsmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. So ist es wichtig, dass die Auszubildenden bereits bei Beginn der Ausbildung die Sicherheit haben, anschließend in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen zu werden.

Der Gesamtpersonalrat begrüßt die geplante Einstellung von 50 Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und Verwaltungsinspektor-Anwärtinnen und 45 Auszubildenden im Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter. Die vorgesehenen 20 Plätze für den Aufstieg in die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt sind aus Sicht des Gesamtpersonalrats ein gutes Signal, um den Aufstiegs- und Entwicklungsinteressen der Kolleginnen und Kollegen zu entsprechen.

Die Verwaltungsschule und das Aus- und Fortbildungszentrum arbeiten trotz zusätzlicher Einstellungen an ihren Belastungsgrenzen. Auch die räumlichen Bedingungen sind nicht auskömmlich. Aus Sicht des Gesamtpersonalrats sollte dort nachgesteuert werden.

Die geplante Einstellung von 15 Sozialinspektor-Anwärterinnen und Sozialinspektor-Anwärtern wird positiv bewertet.

Die geplante Einstellung von 125 Anwärterinnen und Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Polizei wird begrüßt. Diese - zusammen mit den 35 für die Ortspolizei Bremerhaven vorgesehenen Anwärtern und Anwärterinnen - hohe Zahl bedeutet aber nach unserer Auffassung, dass die vorgesehenen 2,5 zusätzlichen Stellen für die Hochschule für Öffentliche Verwaltung zu wenig sind. Mehr Lehrpersonal ist erforderlich. Die Herausforderung für die Polizei Bremen, die Ortspolizeibehörde Bremerhaven und die Hochschule für Öffentliche Verwaltung liegt nun vor allem in der Sicherung der hohen Ausbildungsqualität, die mit dieser starken Erhöhung der Ausbildungszahl teilweise gefährdet scheint.

Die vorgesehene Einstellung von einem Anwärter bzw. einer Anwärterin für die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt und von insgesamt 20 Anwärterinnen und Anwärtern für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Feuerwehr im Jahr 2017 wird dem Bedarf und den Belastungen der Feuerwehr nicht gerecht. Wir gehen davon aus, dass damit die ohnehin knapp bemessene Personalzielzahl auch in den nächsten Jahren nicht erreicht werden kann.

Die vorgesehene Einstellung von sechs Rechtspflege-Anwärterinnen und Rechtspflege-Anwärtern und die geplante Einstellung von neun Auszubildenden zur/zum Justizfachangestellten ist positiv im Interesse einer funktionierenden Justizverwaltung.

Die ab dem 1. Februar 2018 geplanten 24 Ausbildungsplätze im Bereich des Justizvollzugsdienstes sind ausreichend.

Die Einstellung von zwei Personen für die Fortbildung in den Gerichtsvollzieherdienst wird begrüßt. Die Ausschreibung dazu sollte allerdings zunächst intern erfolgen. Hintergrund ist, dass im Jahr 2017 Mitarbeiter_innen des „mittleren Dienstes“ befähigt sein werden, sich für eine Fortbildung zur Gerichtsvollzieherin/zum Gerichtsvollzieher zu bewerben, welche in den zurückliegenden Jahren hierzu noch nicht berechtigt waren, weil sie die formellen Bedingungen nicht erfüllt hatten oder noch nicht im Dienst des Landes Bremen standen. Damit sollen den Kolleginnen und Kollegen in den Gerichten interessante und motivierende Aufstiegs- und Entwicklungschancen gesichert werden. Sofern die Fortbildungsplätze intern besetzt werden können, ist im Bereich des „mittleren Dienstes“ entsprechend nachzusteuern.

Für den Bereich der Steuerverwaltung werden die vorgesehenen Ausbildungszahlen sehr begrüßt. Die angedachte Ausbildung von Teilen der Anwärter_innen in Hamburg ist zwar nicht ideal. Hier in Bremen sind jedoch hinsichtlich praktischer als auch theoretischer Ausbildungsplätze die Grenzen der Kapazitäten erreicht. Insofern erscheint die vorgeschlagene Lösung akzeptabel.

Die Plätze für Erzieherinnen und Erzieher im Anerkennungsjahr sind nicht ausreichend, um die erheblichen Personalbedarfe abzudecken. Angesichts des Fachkräftemangels und des Ausbaus von Krippen und KiTas ist es dringlich, hier eine bedarfsgerechte Erhöhung der Platzzahl auf mindestens 130 Plätze vorzunehmen. Gleichzeitig müssten die

Ausbildungsplätze für Erzieher_innen um mindestens 50 % erhöht werden. Demnach müssten weitere zwei Klassen für Erzieher_innen für die Delmestraße und eine Klasse für Blumenthal eingerichtet werden.

Der Gesamtpersonalrat weist darauf hin, dass die Anleiter_innen für die Sozialarbeiterinnen/Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiter/Sozialpädagogen im Anerkennungsjahr rar sind. Hier muss dringend etwas geschehen, damit im Anerkennungsjahr eine gute Begleitung gesichert werden kann.

Der Gesamtpersonalrat unterstützt sehr gerne die verstärkte Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den bremischen öffentlichen Dienst durch die Ausbildung.

Geflüchteten jungen Menschen durch Einstiegsqualifizierung und nachfolgende Ausbildung einen wichtigen Schritt der Integration zu ermöglichen, ist eine wichtige Aufgabe auch der Arbeitgeberin Freie Hansestadt Bremen. Die Fortsetzung der Qualifizierungsmaßnahme „Zukunftschance Ausbildung“ und die Bereitstellung entsprechender Ausbildungsplätze wird vom Gesamtpersonalrat ausdrücklich befürwortet.

Die Ausbilderinnen und Ausbilder in den Dienststellen haben eine wichtige Funktion für eine erfolgreiche Ausbildung. Sie nehmen diese Aufgaben hoch engagiert und hoch kompetent wahr - neben der regulären Arbeitsbelastung. Eine gute Ausbildung ist die Voraussetzung für gute öffentliche Dienstleistungen. Der Gesamtpersonalrat wünscht sich daher eine stärkere Anerkennung und Unterstützung der Ausbildungstätigkeit durch Vorgesetzte und Führungskräfte in den Dienststellen und durch den Senat.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme dem Senat zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Doris Hülsmeier', followed by a long horizontal line.

Doris Hülsmeier
Vorsitzende